

Inhaltsverzeichnis

1. Dr. August Oetker KG	
2. CDU	
3. Bündnis 90/Die Grünen	
4. FDP	
5. CSU	
6. SPD	

Dr. August Oetker KG

Die **Dr. August Oetker KG** mit Sitz in Bielefeld gehört zu den großen familiengeführten Unternehmen Deutschlands und vereint 400 Firmen unter einem Dach. Unter anderem gehören Unternehmen wie die Conditorei Coppenrath & Wiese KG oder Henkell & Co. zur Oetker-Gruppe. Der weltweite Umsatz im Jahr 2016 lag bei 11,7 Milliarden Euro.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Parteispenden	2
2 Kritik	3
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	3

Parteispenden

Die Dr. August Oetker KG gehört zu den großzügigsten Parteispendern in Deutschland. Seit 2003 spendeten das Unternehmen und der frühere Firmenchef August Oetker insgesamt 1.376.060 Euro an CDU, SPD, FDP und Grüne.

Geldgeber	Empfänger	Betrag	Jahr
Dr. August Oetker KG	CDU	83.000	2019
Dr. August Oetker KG	Bündnis 90/Die Grünen	22.000	2019
Dr. August Oetker KG	FDP	15.000	2019
Dr. August Oetker KG	CDU	34.000	2018
Dr. August Oetker KG	CDU	88.000	2017
Dr. August Oetker KG	FDP	22.000	2017
Dr. August Oetker KG	Bündnis 90/Die Grünen	22.000	2017
Dr. August Oetker KG	CDU	127.000	2016
Dr. August Oetker KG	Bündnis 90/Die Grünen	22.000	2016
Dr. August Oetker KG	FDP	22.000	2016
Dr. August Oetker KG	CDU	44.000	2015
Dr. August Oetker KG	FDP	26.000	2015
Dr. August Oetker KG	Bündnis 90/Die Grünen	22.000	2015
Dr. August Oetker KG	CDU	107.000	2014
Dr. August Oetker KG	FDP	22.000	2014
Dr. August Oetker KG	CDU	78.000	2013
Dr. August Oetker KG	CSU	34.000	2013
Dr. August Oetker KG	FDP	22.000	2013
Dr. August Oetker KG	CDU	112.000	2012
Dr. August Oetker KG	CSU	30.000	2012
Dr. August Oetker KG	SPD	11.000	2012
Dr. August Oetker KG	FDP	11.000	2012
Dr. August Oetker KG	CDU	60.000	2011

Geldgeber	Empfänger	Betrag	Jahr
Dr. August Oetker KG	SPD	11.000	2011
Dr. August Oetker KG	CDU	90.000	2010
Dr. August Oetker KG	SPD	22.000	2010
Dr. August Oetker KG	FDP	11.000	2010
Dr. August Oetker KG	CDU	125.060	2009
Dr. August Oetker KG	FDP	35.000	2009
Dr. August Oetker KG	CSU	20.000	2009
Dr. August Oetker KG	FDP	11.000	2005
Dr. August Oetker KG	FDP	15.000	2003

Kritik

Inwieweit die Parteispenden dazu dienen, Unternehmens-Interessen gegenüber der Politik geltend zu machen, lässt sich nicht einfach beantworten. Oetker gehört zu den Nahrungsmittelkonzernen, die sich gegen die von Verbraucherverbänden, Krankenkassen, Ärzten und Gesundheitspolitikern seit vielen Jahren geforderte Einführung der "Lebensmittel-Ampel" stark machen. So nannte August Oetker, damals Chef der Oetker-Unternehmensgruppe, die Ampel 2009 "schlichtweg Unsinn". Die "Ampel" soll den Zucker- und Fettgehalt auf Nahrungsmittel-Verpackungen in leicht verständlicher Form sichtbar machen. Dadurch könnten Verbraucher angeregt werden, auf den Kauf besonders zucker- und fetthaltiger Lebensmittel zu verzichten und stattdessen zu gesünderen Alternativen zu greifen. ^[2] Die Einführung der Lebensmittel-Ampel in Deutschland wurde 2008 mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP im Bundestag abgelehnt. Im EU-Parlament scheiterte sie 2010 vor allem am Widerstand der Konservativen und Liberalen. Während ihrer Regierungszeit erhielten CDU/CSU und FDP über 600.000 Euro Spenden aus der Lebensmittelindustrie, darunter auch von der Oetker KG. ^[3]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- ↑ [Die Oetker-Gruppe im Überblick](#), oetker-gruppe.de, abgerufen am 01.09.2017.
- ↑ [Die Lebensmittelampel verliert ihre Freunde](#) welt.de
- ↑ [Die schwarz-gelbe Genkoalition](#) taz.de, abgerufen am 01.09.2017

CDU

**Christlich Demokratische Union
Deutschlands**

Parteivorsitz [Armin Laschet](#)

**Christlich Demokratische Union
Deutschlands**

zende/r

Generalsekr Paul Ziemiak

etärIn

Hauptsitz Konrad-Adenauer-Haus,
Klingelhöferstraße 8, Berlin

Mitglieder ca. 405.816 (Stand: Ende 2019)^[1]

Webadresse www.cdu.de

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	4
1.1 Bundestagswahl 2017	4
1.2 Bundestagswahl 2013	5
1.3 Bundestagswahl 2009	5
2 Finanzierung	5
2.1 Top-Spender	5
2.2 Gesamteinnahmen	6
3 Wirtschaftsrat der CDU	7
4 Weiterführende Informationen	7
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
6 Einzelnachweise	7

Positionen

Bundestagswahl 2017

Die Unionsparteien sind in Sachen Lobbykontrolle bisher vor allem durch Eines aufgefallen: eine strikte Verweigerungshaltung. Ob im Bundestag, in Anhörungen oder bei anderen Auftritten: Unionsvertreter/innen sagten immer wieder, es gäbe keinerlei Handlungsbedarf. Dabei stellten sie immer wieder nachweislich falsche Behauptungen in den Raum. Zum Beispiel, dass Sponsoringeinnahmen der Parteien völlig transparent seien. Im gemeinsamen Wahlprogramm tauchen Themen wie Transparenz oder Schranken für Lobbyist/innen schlichtweg nicht auf.^[2] In der zurückliegenden Wahlperiode und auch zuvor blockierte die Union nahezu alle Initiativen für mehr Lobbykontrolle. So vermochte sie in der Debatte um ein verpflichtendes Lobbyregister „kein Transparenzdefizit“ erkennen und lehnte dementsprechend eine bessere Regelung ab. Ausnahmen waren die mit der SPD im Koalitionsvertrag 2013 vereinbarten Vorhaben zur Karenzzeit und zur Abgeordnetenbestechung (siehe SPD), wobei die Union auch dabei auf möglichst schwache Regeln drängte.

Für sich entdeckte die Union nur einmal ein lobbykritisches Thema: Als im Wahlkampf 2013 die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für Wirbel sorgten, sparte die Union nicht mit Kritik. Im Ergebnis wurden die Stufen, anhand derer die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte offenlegen müssen, von drei auf zehn erweitert. Während des „Rent-a-Sozi“-Skandals (Ende 2016) um gekauften Zugang zu SPD-Spitzenpolitiker/innen hingegen hielt sich die Union bedeckt und verweigerte politische Konsequenzen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass schon vor Jahren ähnliche Zugangsgeschäfte mit den CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers und Tillich aufgefliegen waren.

Die Union setzte durch, dass Ex-Finanzminister Theo Waigel, der nach seinem Ausscheiden aus dem Amt in zahlreiche Lobbyjobs wechselte, Mitglied des dreiköpfigen Karenzzeit-Gremiums wurde. Dieses Gremium soll der Bundesregierung Empfehlungen zum Umgang mit eben solchen Seitenwechslern geben.

Bundestagswahl 2013

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[3]

- Fazit von LobbyControl zur Stellungnahme der Unionsparteien

CDU/ CSU positionieren sich klar gegen Transparenz und Schranken für Lobbyisten. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl halten sie entweder für nicht praktikabel oder für unnötig. Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen 4 Jahren unter dem Druck der [Steinbrück-Debatte](#) bewegt hat (vgl. auch unser [Lobbyreport 2013 zur schwarz-gelben Regierungszeit](#)). Weitere Verbesserungen strebt die Union allerdings nicht an.

Quelle: ^[4]

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[5]

- Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften von CDU und CSU lautete:

Mit Transparenz und Schranken für Lobbyisten haben CDU/CSU nicht viel im Sinn. Die Regulierungsvorschläge von LobbyControl werden für entweder nicht praktikabel oder für unnötig gehalten.

Quelle: ^[6]

Finanzierung

Die CDU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 108.055.649,33 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 57.221.110,26 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Damit ist die CDU mit großem Abstand Spitzenreiter vor allen anderen Parteien in Deutschland. Einnahmen der Schwesterpartei [CSU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Top-Spender

Die Topspender der CDU in den Jahren 2014-2018 waren:

	Su	
--	----	--

Spender	m m e	Zusammensetzung
DVAG (Firmengeflecht)	1. 37 6. 50 0 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Deutsche Vermögensberatung Holding, Allfinanz Deutsche Vermögensberatung, Reinfried Pohl, UBG sowie Bundesverband Deutscher Vermögensberater
Gesamtmittel (Regionalverbände und Bundesverband)	1. 28 7. 53 9, 4 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid, Unternehmensverband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen sowie Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie sowie Gesamtmittel Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Hans-Joachim Langmann (Merck KgaA, Hauck & Aufhäuser)	92 5. 00 0 €	
Familie Dommermuth	70 0. 00 0 €	Spenden von Judith, Philip und Ralph Dommermuth (United Internet)
Daimler	50 0. 00 0 €	

Weitere Spender der CDU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CDU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014	
	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil
	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %	Mio €	in %
Mitgliedsbeiträge	37,7	25,6	37,5	23,9	37,	26,0	38,7	25,6	39,	28,
	4	2	7	8	7	3	5	4	3	7
Mandatsträgerbeiträge	20,7	14,0	20,0	12,8	19,	13,3	17,5	11,	17,	12,
	4	8	9	2	4	9	3	6	2	6
Spenden von natürlichen	12,1	8,2	22,5	14,4	15,1	10,4	20,0	13,2	12,1	8,

Personen	1	2	8	1	3	5	6	8	4	9
Spenden von juristischen Personen	4,9	3,3	12,6	8,0	7,0	4,8	10,7	7,1	6,0	4,
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	7	7	3	6	5	7	4	1	5	4
Aus sonstigem Vermögen	0,	0,	0,	0,	0,0	0,0	0,	0,	0,	0,
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0	0	0	0	3	3	0	0	0	0
Staatliche Mittel	1,7	1,1	2,0	1,2	2,3	1,	2,	1,8	3,4	2,
Sonstige	4	8	2	9	2	6	8	6	4	5
Summe	147,3 Mio €	156,7 Mio €	144,83 Mio €	151,1 Mio €	137 Mio €					

Quellen:^[7]

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU**, eine Vorfeld-Organisation der CDU, ist eine wichtige Lobbyorganisation von unionsnahen Unternehmern.

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

- [↑ Mitgliederzahlen der politischen Parteien in Deutschland am 31.12.2019](#), statista.com, abgerufen am 19.03.2021
- [↑ Programm der Unionsparteien zur Bundestagswahl 2017](#), pdf (630 kB), abgerufen am 25.08.2017
- [↑ Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
- [↑ Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
- [↑ Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- [↑ Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
- [↑ Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 04.09.2017

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen (kurz: Grüne oder Bündnisgrüne)

Parteivorsitzende/r	Annalena Baerbock und Robert Habeck
GeneralsekretärIn	Michael Kellner
Hauptsitz	Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Mitglieder	ca. 107.000 (Stand: Dezember 2020) ^[1]
Webadresse	http://www.gruene.de

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	8
1.1 Bundestagswahl 2017	8
1.2 Bundestagswahl 2013	9
1.3 Bundestagswahl 2009	9
2 Finanzierung	10
2.1 Top-Spender	10
2.2 Gesamteinnahmen	10
3 Seitenwechsler	11
4 Weiterführende Informationen	11
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
6 Einzelnachweise	12

Positionen

Bundestagswahl 2017

Die Grünen setzen sich aus der Opposition heraus seit vielen Jahren für eine stärkere Lobbykontrolle und mehr Transparenz ein. In der aktuellen Wahlperiode brachten sie gemeinsam mit der Linken einen Antrag zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters ein. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Großen Koalition abgelehnt.^[2] Auch kritisierten die Grünen, dass bei der Reform des Parteiengesetzes Ende 2015 lediglich ein kleines Schlupfloch gestopft wurde und größere bekannte Missstände nicht angegangen wurden. Bei der Aufarbeitung des Cum/Ex-Steuerskandals engagierten sich die Grünen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss stark und arbeiteten heraus, wie intransparente und einseitige Lobby-Einflussnahme das Problem verschärfte.

Bündnis 90/Die Grünen legen seit 2012 im Gegensatz zu CDU/CSU, SPD und FDP freiwillig offen, wie viel sie durch Sponsoring etwa bei Parteitag einnehmen und woher das Geld stammt.

Die allgemein zu mehr Transparenz und Lobbykontrolle aufgeschlossene Haltung der Grünen spiegelt sich auch im Wahlprogramm wider. So fordern die Grünen ein verpflichtendes Lobbyregister sowie eine Legislative Fußspur, die konkrete Einflüsse auf die Gesetzesformulierung in den Ministerien sichtbar macht. Darüber hinaus sollen die Ausschüsse des Bundestages öffentlich tagen.^[3]

Bei der Parteienfinanzierung streben die Grünen eine Absenkung der Veröffentlichungsschwellen für Spenden an. Für Parteisponsoring sollen vergleichbare Regeln gelten. Zusätzlich soll es eine jährliche Obergrenze für Spenden geben. Spenden von Unternehmen oder Verbänden wären verboten. Sie könnten die Parteien demnach nur noch durch Sponsoring unterstützen, das dann aber immerhin transparent nachvollziehbar.

Bundestagswahl 2013

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[4]

- Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften von Bündnis90/Die Grünen

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von [LobbyControl](#). Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten darüber Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[5]

- Das Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften der Grünen lautete:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von [LobbyControl](#), in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer. ^[6]

Finanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 60.846.862,94 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 6.399.621,96 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Top-Spender

Im April 2021 erhielten die Grünen eine Rekord-Spende in Höhe von 1.000.000 € von einem Bitcoin-Investor. ^[7]

Die Topspender der Grünen in den Jahren 2014-2018 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Jochen Wermuth	843.746,4 €	Spenden von Jochen Wermuth sowie von Wermuth Asset Management GmbH
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	780.001 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Daimler	200.000 €	
Leo Plank	90.800 €	
Allianz	150.000 €	
Munic RE-Gruppe	150.000 €	Spenden der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG und der ERGO Versicherungsgruppe AG

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

	2018	2017	2016	2015	2014	2013
Art der Einnahmen	in	in	in	in	in	in

/Jahr	Mio	Anteil	Mio	Anteil	Mio	Anteil	Mio	Anteil	Mio	Anteil	Mio	Anteil
	€	in %	€	in %	€	in %	€	in %	€	in %	€	in %
Mitgliedsbeiträge	11,3	23,4	9,7	22,	9,0	21,4	8,8	22,1	8,7	21,1	8,	21,7
	4	2	8	5	8	9	6	5	9	7	7	3
Mandatsträgerbeiträge	9,9	20,5	9,7	22,3	9,7	23,0	9,6	24,0	9,1	23,0	8,9	22,3
	6	3	3	9	4	3	3	9	5	6	9	8
Spenden von natürlichen Personen	4,	8,6	4,9	11,2	4,4	10,4	3,6	9,0	4,0	10,3	4,2	10,6
	2	7	1	9	3	8	1	3	1	1	8	7
Spenden von juristischen Personen	0,6	1,3	0,9	2,2	0,	1,6	0,5	1,4	0,6	1,6	0,	1,7
	6	6	6	1	7	6	8	5	6	6	7	4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,00	0	0,00	0,	0,00	0
	0	0	0	0	0	0	1	0	05	0	1	0
Aus sonstigem Vermögen	0,	0,	0,1	0,3	0,1	0,2	0,1	0,3	0,1	0,3	0,1	0,3
	0	0	6	7	2	7	2	1	2	3	5	7
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	1,7	0,6	1,5	0,8	2,1	0,6	1,6	0,6	1,5	0,0	2,
	5	5	8	6	9	1	5	3	3	9	8	1
Staatliche Mittel	19,2	39,7	15,8	36,3	15,8	37,4	15,1	37,7	14,8	37,3	15,0	37,
	5	4	2	9	5	8	0	5	1	6	5	5
Sonstige	1,4	3,0	1,4	3,2	1,4	4,	1,4	3,5	1,3	3,5	1,	3,5
	7	4	3	9	7	8	3	9	4	2	4	1
Summe	48,44	Mio €	43,47	Mio €	42,27	Mio €	40,00	Mio €	39,67	Mio €	40,15	Mio €

Quellen:^[8]

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Wer wir sind - Bündnis 90/Die Grünen](#), Website der Partei, abgerufen am 16.04.2021
2. ↑ [Kurzbericht: Bundestagsanhörung zum Lobbyregister](#) Webseite von LobbyControl vom 17.05.2016, abgerufen am 25.08.2017
3. ↑ [Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2017](#), pdf (1,9 MB), abgerufen am 25.08.2017
4. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
5. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
6. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
7. ↑ [Grüne erhalten Rekord-Spende von Bitcoin-Millionär](#) DER SPIEGEL vom 14.04.2021, abgerufen am 16.04.2021
8. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.06.2019

FDP

Freie Demokratische Partei

Parteivorsitzende/r [Christian Lindner](#)

GeneralsekretärIn [Volker Wissing](#)

Hauptsitz Thomas-Dehler-Haus,
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

Mitglieder ca. 64.000 (Stand: 31.12.2018)^[1]

Webadresse <http://www.fdp.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	13
1.1 Beschluss "Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen"	13
1.2 Bundestagswahl 2017	13
1.3 Bundestagswahl 2013	13
1.4 Bundestagswahl 2009	14
2 Finanzierung	14
2.1 Top-Spender	14
2.2 Gesamteinnahmen	15
2.3 Ermittlung wegen Finanzierung des Wahlkampfs 2013	16
3 Wirtschaftsforum	16
4 Seitenwechsler	16
5 Weiterführende Informationen	16
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
7 Einzelnachweise	16

Positionen

Beschluss "Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen"

Im November 2019 hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Beschluss mit dem Titel "[Mehr Transparenz bei Lobbyismus herstellen](#)" veröffentlicht, welcher eine veränderte Position in Bezug auf Lobbykontrolle und -transparenz offenbart. In dem Beschluss fordert die Bundestagsfraktion die Einführung eines Lobbyregisters. Sie will dies durch eine Weiterentwicklung der seit 1972 beim Bundestagspräsidenten geführten [Verbändeliste](#) umsetzen. In diese ist eine Eintragung freiwillig, sie enthält kaum relevante Informationen zu den Akteuren und erfasst nur einen Teil der Lobbyakteure. Unternehmen und Lobbydienstleister, wie Agenturen und Kanzleien, werden nicht erfasst. Diese Mängel an der Verbändeliste will die FDP beheben und "wirksame Sanktionen" einführen die "keinen Raum für Umgehungspraktiken bieten".

Die Verbändeliste ist allerdings lediglich in der Geschäftsordnung des Bundestages verankert. Das bedeutet, dass bei einer einfachen Weiterentwicklung der Liste weiterhin keine Lobbyaktivitäten erfasst werden würden, welche sich direkt an die Regierung richten. Ebenfalls nicht erfasst würde Lobbyismus, welcher keinen direkten Einfluss auf Gesetze und Verordnungen nimmt.^[2]

Bundestagswahl 2017

Die FDP hat in der Vergangenheit mehr Lobbykontrolle und -transparenz meist abgelehnt.^[3] Als traditionell unternehmerfreundliche Partei wurde sie in den letzten Jahren immer wieder mit dem Vorwurf der Klientelpolitik konfrontiert. Die Mövenpick- Parteispendenaffäre trug mit dazu bei, dass die FDP den Einzug in den Bundestag 2013 verpasste. Auch gab es fragwürdige finanzielle Verflechtungen mit der Glücksspiel-Lobby (Gauselmann).

Aus ihren Affären und Skandalen hat die FDP offenbar wenig gelernt: Im Wahlprogramm gibt es zwar den Abschnitt „Modernisierung unserer Demokratie“. Doch Lobbytransparenz und -kontrolle oder strengere Regeln bei der Parteienfinanzierung gehören für die FDP offenbar nicht zu einer modernen Demokratie. Im Wahlprogramm findet sich zur Lobbyismus-Problematik jedenfalls keine einzige Aussage zu diesem Themenkomplex.^[4] So muss man den Eindruck gewinnen, dass die FDP ihre Position von 2013 gegen ein Lobbyregister und gegen eine Begrenzung von Großspenden an Parteien auch heute noch aufrecht erhält. Der Parteivorsitzende Christian Lindner bestätigte diese Einschätzung kürzlich, als er gegenüber Abgeordnetenwatch.de verkündete, die bestehenden Regelungen zur Lobbytransparenz seien ausreichend.

Dazu passt, dass die FDP aus der außerparlamentarischen Opposition in den letzten vier Jahren keine Vorstöße für mehr Transparenz unternommen hat. Bei manchen Konzernen und Superreichen scheint das gut anzukommen: Die FDP erhielt in 2017 schon in den ersten sieben Monaten mehr Großspenden von jeweils über 50.000 Euro als im ganzen letzten Bundestagswahljahr 2013, nämlich über 1,5 Millionen Euro.

Bundestagswahl 2013

Die FDP äußert sich in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) („Bürgerprogramm“) nur zum Punkt der Korruptionsbekämpfung: „Wir setzen uns ein für eine verfassungskonforme Ratifizierung der UN-Konvention gegen Korruption.“ (S. 90) Ansonsten finden sich keine Aussagen zum Thema Transparenz und Lobbyismus.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[5]

Die FDP hält die meisten Vorschläge für mehr Transparenz und Schranken für Lobbyisten demnach für unnötig oder nicht praktikabel. In einigen Bereichen, wie der Parteienfinanzierung scheint die FDP Verbesserungen nicht vollständig ablehnend gegenüber zu stehen. Dies spiegelte sich aber in den vergangenen vier Jahren nicht in eigenen politischen Initiativen wider. Wir begrüßen die Forderung der FDP nach einem Sponsoringbericht. Die Nebeneinkünfte sind der einzige Bereich, in dem sich Schwarz-Gelb in den vergangenen vier Jahren unter dem Druck der Steinbrück-Debatte bewegt hat. Weitere Verbesserungen strebt die FDP, mit einer eventuellen Ausnahme bei den Redneragenturen, nicht an.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[6]

- Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften der FDP lautete:

Mit der FDP ist Transparenz über die Nebeneinkünfte von Abgeordneten nicht zu haben. Eine sehr weiche und eng gefasste Regelung von fliegenden Wechseln wird angestrebt. Zu den anderen Themen hält sie sich mit klaren Standpunkten zurück und will vor allem „Fragen prüfen“. D.h. es soll sich erstmal nichts ändern ^[7]

Finanzierung

Die FDP erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 40.104.657,57 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro. Davon kamen 24.208.973,79 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Top-Spender

Die Topspender der FDP in den Jahren 2014-2018 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	1.210.000 €	Spenden von Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V., METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie
R&W Industriebeteiligungen	956.310 €	

Lutz Helmig	540.000 €	
DVAG (Firmengeflecht)	434.000 €	Spenden von Deutscher Vermögensberatung AG, Deutsche Vermögensberatung Holding und Allfinanz Deutsche Vermögensberatung
VCI Verband der Chemischen Industrie e.V.	283.000 €	

Weitere Spender der FDP sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der FDP** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen /Jahr	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	9,0 6	25,3 4	7,8 6	20,2 8	6,8 6	25,2 8	6,4 7	25, 1	6, 3	23, 3	6,5 7	19, 7
Mandatsträgerbeiträge	2,7 3	7,6 4	2,0 9	5,3 9	1,7 3	6,3 8	1,5 5	6, 0	1,8 3	6, 8	2, 8	8,3 9
Spenden von natürlichen Personen	4,3 0	12,0 3	10,4 5	26,9 7	5,5 4	20, 4	5,2 8	20, 5	5,8 4	21, 7	7, 2	21,6 1
Spenden von juristischen Personen	1,6 8	4, 7	4,6 2	11,9 3	1,9 1	7,0 3	1,8 8	7, 3	1,9 7	7, 3	3, 7	11,1 0
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,2 3	0,6 4	0, 1	0,2 5	0,0 7	0,2 7	0,06 5	0,2 5	0,0 7	0, 3	0,1 5	0,4 4
Aus sonstigem Vermögen	1,2 6	3,5 1	0, 4	1,0 2	0,3 8	1,4 1	0,42 3	1, 6	0,4 8	1, 8	0,4 6	1,3 8
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	1,3 6	3,8 1	1,3 6	3, 5	1,2 6	4,6 3	1,1 6	4, 5	1, 2	4, 5	1,8 1	5,4 2
Staatliche Mittel	15,0 6	42,1 2	11,7 5	30,3 2	11,7 5	33,9 1	8,8 6	34, 4	9,2 0	34, 1	10, 5	31,5 3
Sonstige	0,0 7	0,2 1	0,1 3	0,3 3	0,1 9	0,6 9	0,1 1	0,4 3	0,09 6	0, 4	0,1 4	0,4 2
Summe	35,76 Mio €		38,74 Mio €		27,15 Mio €		25,8 Mio €		26,961 Mio €		33,3 Mio €	

Quellen:^[8]

Ermittlung wegen Finanzierung des Wahlkampfs 2013

Seit Sommer 2016 ermittelt die Bundestagsverwaltung, ob die Partei Teile des Wahlkampfs 2013 mit Steuermitteln finanziert hatte, die für die Arbeit der Bundestagsfraktion bestimmt waren: dazu gehörten ein aufwendiger Werbefilm mit dem Titel „Freiheit bewegt“ und Werbebriefe an mehr als drei Millionen Haushalte.^[9]

Wirtschaftsforum

Im Januar 2016 haben führende Repräsentanten der Wirtschaft sowie einige wirtschaftsnahe Professoren das [Wirtschaftsforum der FDP](#) gegründet. Zu den Mitgliedern zählen hohe Funktionsträger der einflussreichen Arbeitgeber-Lobbyorganisationen [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).

Seitenwechsler

In der Tabelle [Seitenwechsler im Überblick](#) befinden sich mehrere FDP-Mitglieder, darunter [Dieter Posch](#), [Martin Biesel](#), [Anne Herkes](#) und [Christian Weber](#).

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2019, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr.30, Berlin 2019, S.6, abgerufen am 04.05.2020](#)
2. ↑ [FDP fordert Lobbyregister - Altmaier mehr Demokratie](#), Webseite von LobbyControl vom 20.11.2019, abgerufen am 04.05.2020
3. ↑ [Siehe z.B.: Schwarz-Gelb weist europäische Forderungen nach mehr Transparenz zurück](#), Webseite von LobbyControl vom 12.07.2012, abgerufen am 30.04.2020
4. ↑ [Programm der FDP zur Bundestagswahl 2017, pdf \(1,8 MB\)](#), abgerufen am 30.04.2020
5. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020
6. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020
7. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 30.04.2020

8. ↑ Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien, bundestag.de, abgerufen am 30.04.2020
9. ↑ In mehr als zehn Fällen: "Spiegel": FDP finanzierte Wahlkampf mit Steuergeldern, Merkur, 22. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 30.04.2020

CSU

Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.

Parteivorsitzende/r [Horst Seehofer](#)

GeneralsekretärIn [Alexander Dobrindt](#)

Hauptsitz Franz-Josef-Strauß-Haus,
Nymphenburger Str. 64, 80335
München

Mitglieder 150.000 (Stand: Dezember 2012)^[1]

Webadresse <http://www.csu.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	17
1.1 Bundestagswahl 2017	17
1.2 Bundestagswahl 2013	17
1.3 Bundestagswahl 2009	18
2 Finanzierung	18
2.1 Top-Spender	18
2.2 Gesamteinnahmen	19
3 Seitenwechsler	20
4 Wirtschaftsbeirat Bayern	20
5 Weiterführende Informationen	20
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
7 Einzelnachweise	20

Positionen

Bundestagswahl 2017

Bundestagswahl 2013

Im [Bundestags-Wahlprogramm 2013 von CDU/ CSU](#) finden sich keine Aussagen zu Transparenz und Regulierung des Lobbyismus.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[2]

- Die Antworten wurden von CDU/CSU gemeinsam abgegeben (für eine Einordnung siehe daher [CDU](#)).

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 bat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme. Sie sollten Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) ("Abkühlphasen") für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[3]

- Antworten wurden von CDU/CSU gemeinsam abgegeben (siehe [CDU](#)).

Finanzierung

Die CSU erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 40.952.153,39 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 27.540.019,56 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Einnahmen der Schwesterpartei [CDU](#) sind darin nicht enthalten. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Top-Spender

Die Topspender der CSU in den Jahren 2014-2018 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie	2.357.000	Der VBM ist der bayerische Regionalverband von Gesamtmetall und seit vielen Jahren der größte Einzel-Parteispendler in Deutschland.
Verbände der Chemischen Industrie	374.500	Spenden von Verband der Chemischen Industrie VCI und Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.
Michael Mühleck (Fimen und privat,	318.	Spenden von Michael Mühleck und seinen Firmen Mühleck Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Harlekin GmbH, Lübbecker

Spielautomaten-Branche)	150	Spiel GmbH, Olympia Spielautomaten GmbH & Co. KG Betriebsgesellschaft sowie Strasser GmbH
Daimler	200000	
Max Aicher-Firmen (Stahl, Entsorgung)	173300	Spenden von Max Aicher GmbH & Co. KG und Max Aicher Umwelt GmbH

Weitere Spender der CSU sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der CSU** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	10,32	22,76	10,33	23,82	9,78	25,16	9,78	16,57	9,72	20,80	10,01	21,03
Mandatsträgerbeiträge	3,69	8,14	3,67	8,47	3,65	9,39	3,61	6,11	3,69	7,89	3,17	6,67
Spenden von natürlichen Personen	5,75	12,67	5,44	12,55	3,96	10,19	3,78	6,40	9,73	20,81	8,56	17,97
Spenden von juristischen Personen	4,59	10,12	4,41	10,16	2,56	6,59	2,19	3,71	3,89	8,32	6,08	12,77
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Aus sonstigem Vermögen	0,88	1,93	1,22	2,82	0,33	0,84	18,68	31,62	0,18	0,38	0,25	0,53
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	6,17	13,61	6,27	14,45	6,33	16,27	6,43	10,88	6,64	14,19	7,33	15,39
Staatliche Mittel	13,74	30,29	11,78	27,16	12,11	31,12	13,41	22,71	16,70	27,15	12,01	25,22
Sonstige	0,22	0,48	0,25	0,57	0,17	0,44	1,18	2,00	0,22	0,46	0,22	0,42
Summe	45,36 Mio €		43,37 Mio €		59,08 Mio €		59,08 Mio €		46,77 Mio €		47,6 Mio €	

Quellen:^[4]

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der CSU, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Wirtschaftsbeirat Bayern

Der **Wirtschaftsbeirat Bayern**, auch Wirtschaftsbeirat der Union genannt, ist der Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen.

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [10.000 Mitglieder weniger als 2011 - CDU hat den größten Schwund](#), n-tv vom 29.12.2012, abgerufen am 19.02.2012
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
4. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 27.06.2019

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Parteivorsitzende/r [Saskia Esken & Norbert Walter-Borjans](#)

GeneralsekretärIn [Lars Klingbeil](#)

Hauptsitz Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin

Mitglieder ca. 419.340 (Stand: Dezember 2019)^[1]

Webadresse <http://www.spd.de>

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen	21
1.1 Bundestagswahl 2017	21
1.2 Bundestagswahl 2013	22
1.3 Bundestagswahl 2009	22
2 Finanzierung	23
2.1 Top-Spender	23
2.2 Gesamteinnahmen	23
3 Seitenwechsler	24
4 Weiterführende Informationen	24
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
6 Einzelnachweise	24

Positionen

Bundestagswahl 2017

Die SPD ist beim Thema Lobbykontrolle deutlich offener als die Union. Allerdings hat sie sich besonders in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode allzu verhalten gezeigt, die Blockadehaltung der Union nur zaghaft kritisiert und – wie beim Lobbyregister – im Bundestag gegen ihre eigene Programmatik gestimmt. Positiv hervorzuheben ist, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen 2013 zwei Punkte gegen die Union durchsetzte:

- eine gesetzliche Abkühlphase, auch Karenzzeit genannt, für die Kanzlerin, Minister/innen sowie Parlamentarische Staatssekretär/innen vor einem Wechsel zu Unternehmen oder Verbänden sowie
- einen verschärften Straftatbestand für Abgeordnetenbestechung.

Zwar wollte auch die SPD eine Karenzzeit zunächst nur durch eine freiwillige Selbstverpflichtung regeln. Angesichts mehrerer spektakulärer Fälle von Seitenwechseln (z.B. Ronald Pofalla zur Deutschen Bahn AG, Dirk Niebel zu Rheinmetall) veränderte sich diese Haltung aber. Am Ende kam ein Gesetz heraus, das weiter ging als SPD und Union es zunächst angestrebt hatten – das aber immer noch nicht ausreicht, um fliegende Seitenwechsel in explizite Lobbyjobs ausnahmslos zu unterbinden.

Der Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung weist immer noch deutliche Schwächen auf. Aber immerhin gelang es Deutschland damit, als letzter EU-Mitgliedsstaat die UN-Konvention gegen Korruption endlich umzusetzen – mehr als zehn Jahre nach ihrer Unterzeichnung durch Rot-Grün.

Im Herbst 2016 erschütterte der „Rent-a-Sozi“-Skandal die SPD und das Vertrauen vieler Wähler/innen. ZDF-Recherchen hatten enthüllt, dass eine SPD-Tochterfirma unter dem Deckmantel des „Sponsoring“ Lobbyist/innen gegen Geld vertrauliche Gespräche mit SPD-Spitzenpolitiker/innen anbot. Besonders peinlich war, dass auf der Verkaufsliste sogar Politiker standen, die ähnliche Praktiken der CDU („Rent-a-Rüttgers“) mit markigen Worten verurteilt hatten. Die bei der SPD-Firma Verantwortlichen mussten ihren Platz räumen, doch politische Konsequenzen blieben aus. Zwar kündigte die SPD an, eine gesetzliche Offenlegung des Sponsoring noch vor der Bundestagswahl durchzusetzen. Ihren schwachen Gesetzentwurf dazu brachte sie dann jedoch nicht einmal mehr ins Parlament ein.

Dasselbe Schicksal wurde dem Gesetzentwurf für ein Lobbyregister zuteil, den die SPD ebenfalls im Schatten der „Rent-a- Sozi“-Affäre erarbeitete. Dieser kann jedoch in qualitativer Hinsicht weit mehr überzeugen als die SPD-Vorschläge im Bereich Parteienfinanzierung. Die Forderung nach einem verpflichtenden Lobbyregister findet sich auch im SPD-Wahlprogramm. Dort verspricht die SPD zudem eine legislative Fußspur (von ihr „exekutive Fußspur“ genannt) und eine Offenlegung von Abgeordneten-Nebeneinkünften auf Euro und Cent. Im Bereich Parteienfinanzierung will die SPD Parteispenden auf 100.000 Euro pro Spender/in und Jahr begrenzen und Sponsoring in den Rechenschaftsberichten offenlegen.

Bundestagswahl 2013

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Parteisponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[2] Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[3]

- Fazit von [LobbyControl](#) zur Stellungnahme der SPD

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von [LobbyControl](#) im Grundsatz. Bei einigen Punkten gibt es jedoch Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[4]

- Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften der SPD:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von [LobbyControl](#) zurück.^[5]

Finanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 64.600.542,43 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 17.523.913 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird.

Top-Spender

Die Topspender der SPD in den Jahren 2014-2018 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	655.001 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Daimler	500.000 €	
Evonik Industries	430.000 €	
VCI Verband der Chemischen Industrie	315.500 €	
Ralf Pollmeier	286.242,52 €	Spenden von Ralf Pollmeier sowie Pollmeier Massivholz GmbH & Co. KG

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	53,77	31,19	51,71	31,12	49,26	31,42	49,58	30,62	49,98	30,89	49,56	30,21
Mandatsträgerbeiträge	26,29	15,25	26,29	15,79	25,61	16,34	25,42	16,21	24,46	15,11	23,62	14,35
Spenden von natürlichen Personen	7,9	4,57	11,38	6,85	8,99	5,74	8,02	5,12	12,58	7,77	12,05	7,33

Spenden von juristischen Personen	1,5	0,8	3,1	1,9	2,	1,3	2,	1,7	1,	1,2	2,	1,6
	2	8	7	1	1	4	9	7	9	9	5	0
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	7,4	4,	5,	3,1	2,1	1,3	2,1	1,3	2,1	1,3	3,	1,9
	0	3	3	9	8	9	8	9	3	2	2	3
Aus sonstigem Vermögen	7,3	4,2	6,8	4,1	6,5	4,	6,8	4,3	7,7	4,7	9,0	5,5
	9	9	5	2	8	2	0	4	1	6	9	2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	9,9	5,8	11,6	7,0	10,8	6,9	12,3	7,8	12,7	7,9	15,2	9,2
	9	0	9	3	3	1	5	7	9	1	5	7
Staatliche Mittel	56,7	32,9	49,2	29,6	50,7	32,3	50,0	31,9	48,6	30,0	47,	29,1
	7	3	1	2	9	9	8	3	5	6	9	1
Sonstige	1,3	0,7	0,6	0,3	0,4	0,2	0,5	0,3	0,9	0,6	0,9	0,5
	6	9	1	7	2	7	8	7	9	1	6	8
Summe	172,39 Mio	166,14 Mio	156,79 Mio	156,84 Mio	161,83 Mio				164,6 Mio	€		
	€		€		€		€		€			

Quellen:^[6]

Seitenwechsler

Eine Auflistung von Politikern der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler fallen

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Twitter

Facebook

Instagram

Newsletter

Einzelnachweise

1. ↑ [Mitgliederzahlen der politischen Parteien in Deutschland](#), statista.com, abgerufen am 14.04.2021
2. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
3. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
4. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

5. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
6. ↑ <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/rechenschaftsberichte> Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien], bundestag.de, abgerufen am 27.6.2019